

Vorlage für die gemeinsame Sitzung der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit den CDU-Beiratsmitgliedern am 27.09.2010

Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion und der CDU-Beiratsmitglieder zur Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Bremen

Rekommunalisierung der swb-Netze verhindern

2014 läuft für das städtische Strom- und Gasnetz der Wegenutzungsvertrag (ehemals Konzessionsvertrag) zwischen der Stadt Bremen und swb Netze aus. Die Verhandlungen für die neue Vergabe der Konzession beginnen bereits vor 2012. Wie der Presseberichterstattung zu entnehmen ist, plant die Bremer SPD, dass die Stadt die Leitungsnetze von swb Netze zurückkaufen soll, um das Netz anschließend an eine neu gegründete kommunale Gesellschaft zu verpachten (=Rekommunalisierung). Der Kauf, der zu 100 Prozent kreditfinanziert wäre, soll sich nach Vorstellungen der SPD durch den Pachtzins refinanzieren. Die Pacht wiederum soll die kommunale Gesellschaft aus erhofften Gewinnen aus den Netzentgelten aufbringen.

Die SPD erhofft sich durch eine solche Rekommunalisierung mehr Einfluss auf die Strompreise, die Förderung von erneuerbaren Energien und den Ausbau der Netzinfrastruktur. Durch strenge Vorgaben durch die Regulierungsbehörde ist der Spielraum in den drei genannten Bereichen jedoch äußerst gering. Darüber hinaus blendet die SPD die enormen Risiken, die mit einer Rekommunalisierung verbunden sind, aus und gefährdet die gesicherte und bezahlbare Versorgung der Bevölkerung.

Dies vorausgeschickt sind für die CDU-Bürgerschaftsfraktion und die CDU-Beiratsmitglieder folgende Eckpunkte maßgeblich, um die Rekommunalisierung der swb-Netze abzulehnen:

1. Ein **Einfluss auf die Endverbraucherpreise ist nicht möglich**, da die Netznutzungsentgelte durch die Regulierungsbehörde festgelegt werden und diese auch nur einen Bruchteil der Endverbraucherpreise ausmachen.
2. Netzbetreiber sind gesetzlich zur Einspeisung von erneuerbaren Energien verpflichtet. Ein **erhöhter Einfluss bei der Förderung von regenerativen Energien** ist bei der Stromerzeugung und dem Vertrieb möglich, **nicht** aber **durch** eine **Rekommunalisierung** der Netze.
3. Der Kaufpreis könnte bis zu **einer Milliarde Euro** betragen und müsste zu 100 Prozent kreditfinanziert werden. Bremen hat bereits heute mehr als 17 Milliarden Euro Schulden.
4. Vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Alters der Netze und der zukünftigen Herausforderungen durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien entsteht bei der Netzinfrastruktur **zusätzlich ein hoher finanzieller Investitionsbedarf**.

Aufgrund der derzeitigen Haushaltsnotlage könnte die Stadt Bremen die dafür benötigten Mittel nicht aufbringen.

5. Zusätzlich zu einem erhöhten Investitionsbedarf werden die **Netzentgelte in den kommenden Jahren sinken**. Die Gewinne werden mittelfristig daher entsprechend geringer ausfallen.
6. Die Erhaltung und der Betrieb von Energienetzen erfordert ein hohes **energiewirtschaftliches Know-how**, dies ist eher bei einem spezialisierten Energieversorgungsunternehmen als bei der Stadtgemeinde Bremen vorhanden. Bremen müsste **fehlendes energiewirtschaftliches Know-how** mühsam und teuer neu aufbauen.
7. Da swb-Netze der swb-Gruppe angeschlossen sind, hat das Unternehmen keinen eigenen Verwaltungsapparat und nimmt daher eine Vielzahl von Dienstleistungen des Mutterkonzerns in Anspruch. Durch die Herauslösung der swb-Netze aus dem Konzern müsste ein **umfangreicher Verwaltungsapparat für eine kommunale Gesellschaft** aufgebaut werden.
8. Bis 2017 gibt die Regulierungsbehörde klare Regeln vor, anschließend bestehen jedoch ungeklärte Rahmenbedingungen, wodurch für die Stadt ein **erhebliches rechtliches- und betriebswirtschaftliches Risiko** entsteht.
9. Anders als andere Städte hat Bremen einen **örtlichen Versorger, mit dessen Arbeit die Stadt seit vielen Jahrzehnten sehr zufrieden ist**. Im nationalen Vergleich belegt swb bei den günstigsten Netzentgelten einen der vorderen Plätze.
10. Die Vorstellung, dass eine kommunale Netzgesellschaft regionale Beschäftigung schaffen könnte, ist falsch. Netzgesellschaften sind bundesweiten Effizienzwerten unterworfen, die **Optimierung des Personals ist** daher, **unabhängig von der Betriebsform** zwingend erforderlich.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion und die CDU-Beiratsmitglieder beschließen:

Die Rekommunalisierung der städtischen Strom- und Gasleitungsnetze wird auf der Grundlage der oben beschriebenen Eckpunkte abgelehnt.